

19.6.2012, S. 24

Kommentar: Vergesst den Vergleich mit 1931

von Werner Abelshauser

Während das politische Management der Eurozone auf seiner Flucht nach vorn immer größere Risiken in Kauf nimmt, gehen die Kapitalmärkte in die mediale Offensive. An der Spitze marschiert George Soros, einer ihrer berüchtigten Repräsentanten, der Europa nur mehr eine Frist von drei Monaten gab, um allen Anforderungen der „Märkte“ zu entsprechen. Die Bankenlobby hörte das Signal und folgte mit Schreckensszenarien die die Alternativlosigkeit des politischen und finanziellen Vabanque-Spiels der Euro-Rettung belegen sollen. Dahinter trotten jetzt auch US-Ökonomen, die uns in der Rolle nützlicher Idioten auffordern, aus der Geschichte zu lernen: „Denkt an 1933.“

Ja, wenn es so einfach wäre, aus der Geschichte zu lernen! Schon Heraklit von Ephesos wusste, dass es unmöglich ist, zweimal in denselben Fluss zu steigen. Zur Kunst des historischen Lernens gehört vielmehr, Wirkungszusammenhänge auf ihre elementaren Abläufe und Voraussetzungen zu reduzieren, die den Vergleich sinnvoll machen. Wenig Sinn macht es, die Schlachten von gestern zu schlagen und abermals mit Reichskanzler Heinrich Brüning abzurechnen, der vergeblich versucht hat, die Auswirkungen der Bankenkrise und die folgende Flucht aus dem Weltmarkt durch Sparen zu unterlaufen. 1931 ging es darum, sich in der Abwärtsspirale der Weltwirtschaft zu behaupten, sei es durch administrierte Kostensenkung und somit wettbewerbsfähige Preise, sei es durch staatliches *deficit spending* à la Keynes, um die Rolle der „streikenden“ privaten Investoren zu kompensieren. Erfahrungen wie diese spielten sicher 2008 eine Rolle, als nahezu alle Staaten nach dem Zusammenbruch der Lehman-Bank einer sich abzeichnenden Weltwirtschaftskrise

mit staatlicher Nachfrage gegensteuert. Inzwischen hat sich der Globus aber weiter gedreht und neue Fragen aufgeworfen. Heute soll staatliches Sparen nicht die Wettbewerbsfähigkeit auf Weltmärkten stärken, sondern dort ansetzen, wo das Problem der Eurozone offen zu Tage tritt: an der Höhe der Verschuldung, die Staaten vom Kapitalmarkt abhängig und damit handlungsunfähig macht. Verschuldung durch weitere Verschuldung unschädlich zu machen, hieße aber, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben. Selbst wenn die reichen Nachbarn das Risiko auf sich nehmen – die Probleme wären dadurch nicht gelöst, sondern eher neue geschaffen. Der Vergleich mit 1931 mündet in einen klassischen Denkfehler.

Der historische Vergleich hinkt, wenn sich seine Grundlagen geändert haben. Heute ist das Bankenproblem in eine umfassende Krise des Kapitalmarktes eingebettet, deren Akteure nur vordergründig die Banken sind. Tatsächlich dominieren institutionelle Anleger in den USA seit langem die Regeln des Kapitalmarktes. Wer den Umsatz macht, bestimmt auch die Musik. Allein für den Aufbau privater Altersversorgung suchen sie Anlage für rund 35.000 Milliarden Euro. In Deutschland betragen die Rentenanwartschaften rund 7 Billionen Euro, werden aber innerhalb des Sozialstaates am Kapitalmarkt vorbei geführt. Da institutionelle Anleger im harten Wettbewerb um Kunden stehen, müssen sie sich kurzfristig vom Portfolio der Konkurrenz abzuheben. Für die deutsche Wirtschaft ist dieser *short termism* Gift. Ihre nachindustrielle Qualitätsproduktion verlangt nach geduldigem Kapital. Es waren auch institutionelle Anleger, die sich nach der Lehman-Pleite auf marode Staatspapiere stürzten. Im April 2009 kam es daher auf Schauplätzen wie der Euromoney Konferenz im Berliner Adlon zum Schwur. Institutionelle Anleger rieten zum Kauf hochrentabler und gleichzeitig „risikoloser“ Staatspapiere aus der Peripherie der Eurozone. Hinweise auf die *no bail out*-Klausel des EU-Rechts wurden unter den Augen des Schirmherrn, des Bundesfinanzministeriums, feixend *ad acta* gelegt. Und die versammelte Elite der Kapitalmarktakteure behielt Recht. Längst bestimmt nämlich sie die Regeln und nicht der Souverän – wer immer dies in Europa auch sein mag.

Was bleibt vom Vergleich mit der Bankenkrise von 1931? Die Fakten sind bekannt. Weil sich die Großbanken nicht auf gemeinsame Schritte einigen konnten, musste der Staat 1931 zum Mehrheitseigner fast aller Banken werden, um sich bis 1937

wieder zurückzuziehen. Das wäre auch heute die *ultima ratio*. Wichtiger ist aber die Forderung, die die Väter der sozialen Marktwirtschaft Anfang der dreißiger Jahre daraus ableiteten. Um die „Versumpfung des Kapitalismus“ (Walter Eucken) zu überwinden, sollte der „starke Staat“ die Ordnung der Wirtschaft bestimmen und die Regeln setzen – auch für den Kapitalmarkt. Davon kann aber nicht die Rede sein. Seit den siebziger Jahren hat sich der gesamtwirtschaftliche Verschuldungsgrad in den USA und Deutschland verdreifacht. Auf allen Ebenen, den privaten Haushalten, den Unternehmen und beim Staat, nahm damit die Abhängigkeit von einem regel- und zügellosen Kapitalmarkt dramatisch zu. Es war Helmut Schmidt, der 1980 auf dem Weltwirtschaftsgipfel von Venedig seine G7-Kollegen als erster vor „dem explosiven Wachstum“ der Finanzmärkte warnte, weil „wider alle Vernunft (sei), was wir hier zulassen“. Er wollte sie einer genauso strengen Regelung unterwerfen wie nationale Geschäfte. Seitdem ist es weder der G7, noch der EU, noch den internationalen Finanzinstitutionen der UNO gelungen, das „Monster“ (Horst Köhler) zu bändigen.

Was für die Finanzmärkte gilt, hat auch eine Variante in der „realen“ Wirtschaft. Die Flucht nach vorn, zu der die „Euroretter“ drängen, birgt hier ebenfalls hohe Risiken. In einem Europa der wirtschaftskulturellen Vielfalt steht und fällt die Wettbewerbsfähigkeit aller Beteiligten mit der Durchschlagskraft ihrer jeweiligen komparativen institutionellen Vorteile auf den Märkten. Es wäre daher Aufgabe einer europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik, diese sehr unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Spielregeln auszugestalten und zu fördern und sie nicht innerhalb eines europäischen Superstaats zu „harmonisieren“. Insoweit öffnet die Flucht nach vorn keine Problemlösungsperspektiven, sondern ist Teil des Problems selbst. Hier hilft die historische Analyse dessen, was Europa von den Vereinigten Staaten von Amerika unterscheidet.

Die Erinnerung an „1933“ macht aber auch sonst keinen Sinn. Gewiss birgt jede Wirtschaftskrise auch die Gefahr der politischen Radikalisierung. Die entscheidende Frage ist aber, wo diese Gefahr größer ist – in einer Politik gemeinschaftlicher Haftung, die im Interesse der „Märkte“ Risiken eingeht, die unbeherrschbar werden, oder in einer Politik der Konsolidierung, deren Preis in der Abschreibung von Forderungen besteht, die in jedem Fall verloren sind. Diese Politik sollte die

währungspolitische Spaltung Europas zu überwinden, um zu einem Währungssystem der Dreißig zu kommen, das mit festen Wechselkursen verbunden ist. Die historischen Erfahrungen, die wir damit gesammelt haben, sind aus heutiger Sicht gar nicht so schlecht.

Aus der Geschichte lernen? Das Studium des Originals der sozialen Marktwirtschaft würde sich durchaus eignen, weil es in der Konfrontation mit den Erfahrungen von 1931 entstanden ist und daraus heute noch gültige Schlüsse zog.

FTD, 19.6.2012, S. 24

Werner Abelshauser ist Forschungsprofessor für Wirtschaftsgeschichte an der Universität Bielefeld